

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/04/2011

**über die öffentliche Sitzung
des Bau- und Planungsausschusses am 02.03.2011,
Ahrensburg, Stormarnschule Museumsturnhalle, Waldstr. 14**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:33 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

beratendes Mitglied

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Monja Löwer

Herr Hartmut Möller

i. V. f. StV Haase

Bürgerliche Mitglieder

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lisa Brauner

Kinder- und Jugendbeirat; bis
21:33 Uhr

Herr Dieter Heidenreich

Herr Jan Klöppelt

Kinder- und Jugendbeirat; bis
21:33 Uhr

Herr Wolfgang König

bis ca. 21:00 Uhr

Herr Siegfried Lorenz

Seniorenbeirat

Herr Andreas Puk

Stellv. Ausschussmitglied; bis
21:33 Uhr

Herr Hinrich Schmick

bis ca. 21:00 Uhr

Frau Karen Schmick

bis ca. 21:00 Uhr

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Wilhelm Thiele
Herr Hauke Seeger
Frau Stefanie Mellinger
Herr Stephan Schott
Frau Anette Kruse
Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2011 vom 16.02.2011
4. Masterplan Verkehr **2010/106**
- Ergebnisse der untersuchten Planfälle
5. Städtebauliche Überlegungen zur Bürgerbeteiligung für den Rathausplatz zwischen Manfred-Samusch-Straße, westlicher Teil der Rathausstraße und der umgebenden Bebauung, insbesondere der Flurstücke 152 und 542 **2010/142**
- Beschluss für die Einberufung und Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung in Form eines "Runden Tisches"
- 5.1 Antrag zur Beschlussvorlage 2010/142 zur vorgezogenen Bürgerbeteiligung für die Gestaltung und Entwicklung des Rathausplatzes **AN/003/2011**
6. Beteiligungsverfahren am 3. Regionalen Nahverkehrsplan des Kreises Stormarn 2011 bis 2015 **2011/032**
7. Beschlussfassung zu den Entwürfen der Bebauungspläne Nrn. 91 - Teilgebiet A - "Hansdorfer Straße Nord" und 91 - Teilgebiet B - "Hansdorfer Straße Süd"
8. Kenntnisnahmen
- 8.1 Unterschriftenliste zur Bebauung im Gebiet des B-Plans Nr. 90/Reeshoop-Quartier
- 8.2 Unterschriftenaktion zur besonderen Ausweisung des Auetals in der Bauleitplanung
9. Verschiedenes
- 9.1 Letzte BPA-Sitzung des Bauamtsleiters
- 9.2 Lärmsanierung an der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck
- 9.3 Zeitplan für die mögliche Realisierung der Nordtangente
- 9.4 Sitzungsraum
- 9.5 Erschließung der geplanten Kindertagesstätte

- 9.6 Fällen von 2 Straßenbäumen in der Parkallee
- 9.7 Bauvorhaben auf dem Eckgrundstück Parkallee/Christel-Schmidt-Allee
- 9.8 Wanderweg zwischen der Otto-Schumann-Straße und der Gustav-Delle-Straße (so genannter Drei-Meter-Weg)
- 9.9 2. Änderung der Gebührensatzung zur Sondernutzung

1. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 17.02.2011 vorgeschlagene Tagesordnung.

Hierzu stellt ein Ausschussmitglied den Antrag, die Behandlung des Tagesordnungspunktes 5 über die Durchführung einer Bürgerbeteiligung bei der Umgestaltung des Rathausplatzes zu vertagen bis im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen geklärt ist, ob und wann die Stadt ihren Finanzbeitrag zur Neugestaltung des Rathausplatzes leisten kann.

In der anschließenden Aussprache wird der Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes teilweise befürwortet mit dem Hinweis auf die dann wiederum entstehende Erwartungshaltung der Öffentlichkeit. Mehrheitlich vertreten die Ausschussmitglieder jedoch die Auffassung, mit dem Planungsprozess bereits frühzeitig zu beginnen, um rechtzeitig Ideen zu sammeln und Vorstellungen zu entwickeln für eine in späteren Jahren evtl. schnell zu treffende Entscheidung.

Sodann wird über den Antrag auf Absetzung des TOP 5 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	3 dafür
	6 dagegen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Des Weiteren schlägt die Verwaltung angesichts der entstandenen Irritationen zur Beschlussfassung in der BPA-Sitzung am 06.10.2010 vor, als neuen TOP 7 die „Beschlussfassung zu den Entwürfen der Bebauungspläne Nrn. 91 – Teilgebiet A – „Hansdorfer Straße Nord“ und 91 – Teilgebiet B – „Hansdorfer Straße Süd“ zu beraten.

Unter Berücksichtigung der vorstehend vorgeschlagenen Ergänzung stimmt der BPA der gesamten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:	Alle dafür
-----------------------------	-------------------

Über die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Vorstellung von Einzelbauvorhaben“ im nicht öffentlichen Sitzungsteil wird auf die zurzeit geltende Hauptsatzung verwiesen.

2. Einwohnerfragestunde

Auf die Frage von **Herrn Bernd Werner** bezieht sich die Verwaltung auf die Beratung und Entscheidung am 26.01.2011 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 2/2011; TOP 11.1). Danach wird die entsprechend des Haushaltsbeschlusses im Jahr 2011 zu beschaffende eine feste Geschwindigkeitsmessanlage installiert im Reeshoop südlich der Einmündung Hermann-Löns-Straße. Mit dem Beschaffungsverfahren und der anschließenden Installation und Inbetriebnahme kann jedoch erst begonnen werden, sofern der Haushaltsplan 2012 vom Innenministerium genehmigt worden ist; diese Verfügung steht aber noch aus.

Des Weiteren erkundigt sich **Herr Werner** in Bezug auf die Nordtangente, ob den Entscheidungsgremien bekannt sei, wie hoch die Eigenbeteiligung der Stadt Ahrensburg an dem Projekt werden könnte. Die Verwaltung verweist hierzu auf die Aussagen in der Vorlagen-Nr. 2011/015 und speziell auf die Folie 43 der Anlage 2. Die tatsächlichen Kosten sind insbesondere abhängig vom Trassenverlauf und von der Frage, ob eine Brücken- oder Troglösung gewählt wird. Grundsätzlich sei damit zu rechnen, dass von den förderfähigen Kosten rund 70 % über GVFG-Mittel gefördert werden.

Herr Dr. Dieter Fischer macht nochmals darauf aufmerksam, dass der Gutachter für den Reeshoop und die Bünningstedter Straße (= L 225) offensichtlich von unrealistischen niedrigen Status-quo-Werten für die Kfz-Belastung ausgeht. Im Vergleich der Ergebnisse aus der im Frühjahr 2010 von Bürgern durchgeführten Verkehrszählung mit den Werten des Büros Urbanus aus dem Planfall 0 kommt Herr Dr. Fischer zu der Feststellung, dass sich dort keine nennenswerte Verkehrszunahme bis zum Jahr 2025 erkennen lässt. Ähnliches gelte für den Verkehrsknoten Reeshoop/Bei der Doppeleiche/Fritz-Reuter-Straße. In diesem Zusammenhang bittet er um die Beantwortung einer exemplarisch zur Knotenpunktbelastung aufgegriffenen Frage, die der **Anlage** zu diesem Protokoll zu entnehmen ist.

Wie **Herr Mächler** in Bezug auf TOP 4 „Masterplan Verkehr“ feststellt, sind lediglich die konkret festgelegten und in der Vorlagen-Nr. 2010/106 dargestellten zehn Planfälle berechnet worden. Auf seine Nachfrage hin, ob der Gutachter nicht selbst sinnvolle Trassen zur näheren Beurteilung vorschlagen könnte, stellt die Verwaltung klar, dass die Auswahl der zu untersuchenden Planfälle in mehreren BPA-Sitzungen vorgenommen worden sei und die Ergänzung weiterer Trassen durch den Auftragnehmer nicht Gegenstand der Beschlussfassung und des Auftrages gewesen ist.

Herr Eckehart Knoll bezieht sich einerseits auch auf TOP 4 bzw. den Masterplan Verkehr und gibt seinen persönlichen Eindruck wieder, wonach

- die den Planfällen zu entnehmenden Verkehrsmengen sowohl inhaltlich als auch von der Darstellung unbefriedigend aufbereitet seien,
- die inzwischen eingetroffenen Updates für die Innenstadt weder die Belastungen in den kleineren Straßen betreffen noch die Verteilung etwa der rund 9.000 Kfz aus der Carl-Barckmann-Straße umfassen

und

- die Abnahme des Durchgangsverkehrs auf 10 % des Gesamtverkehrs nicht beinhalten

und betont andererseits, dass der zurzeit im Bau befindliche Radweg im Braunen Hirsch nicht den nach Regelwerk vorgegebenen Mindestbreiten entspricht.

Während die den „Masterplan Verkehr“ betreffenden Fragen während der Beratung des Tagesordnungspunktes behandelt werden, stellen Sitzungsteilnehmer klar, dass der Ausbau des Radweges in der BPA-Sitzung am 03.11.2010 beschlossen worden ist. Die Verwaltung wird gebeten, eine Stellungnahme dem Protokoll beizufügen.

Anmerkung der Verwaltung:

Am 03.11.2011 wurde dem BPA zum Thema Erarbeitung eines Radverkehrsplanes die ergänzende Einzelmaßnahme aus dem Radverkehrskonzeptes Brauner Hirsch vorgestellt. Auf dem TOP 7 im Protokoll Nr. 16/2010 und speziell die dazugehörige Anlage 2 wird verwiesen, wonach neben dem 2 m breiten Radweg jeweils 30 cm breite Sicherheitsstreifen vorgesehen sind. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten mit dem vorhandenen offenen Entwässerungsgraben und der angrenzenden Straße wurde in Anlehnung an die ERA 2009 ein Entwurfparameter aus Tabelle 2-2 mit einem einseitigen Zweirichtungsradweg (Maß bei geringer Radverkehrsstärke) von 2,50 m gewählt. Der offene Entwässerungsgraben ist in Abstimmung mit den Stadtbetrieben Ahrensburg so gewählt worden, dass nach dem Umbau des Radweges die Funktionsfähigkeit des offenen Entwässerungsgrabens noch gewährleistet ist.

Auf die Frage einer **Einwohnerin**, ob eine Planung laufe zu anderweitigen Nutzung des städtischen Grundstückes im Bereich Kastanienallee/Bahntrasse vor dem Hintergrund, dass die Stadt Ahrensburg seit geraumer Zeit keine Kleingärten bzw. kein Grabeland mehr vergibt, versichert die Verwaltung, dass es dort keine aktuellen Überlegungen gebe.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2011 vom 16.02.2011

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4. Masterplan Verkehr - Ergebnisse der untersuchten Planfälle

Zu Beginn verweist der Vorsitzende auf den Antrag AN/012/2011, mit dem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen, den zweiten Punkt des Beschlussvorschlages wie folgt zu fassen:

Auf Basis dieser Ergebnisse wird ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept unter Einziehung der Konzeptbausteine „ÖPNV“ und „Radverkehr“ erarbeitet.

In der kurzen Erläuterung und Begründung wird von Ausschussmitgliedern betont, dass die Ergebnisse der Planfalluntersuchung nicht nur für sich stehen, sondern auch die weitere Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs beachtet werden müssen, um zum gewünschten „Masterplan Verkehr“ zu kommen.

Nachdem ein Ausschussmitglied allgemein darauf hingewiesen hat, dass man anhand der Ergebnisse zu den Planfällen nicht transparent erkennen kann, auf welchen Rechenwegen man zu den Kfz-Belastungen gekommen ist und man insofern nicht die Abweichungen zu den ISEK-Daten erklären kann, stellt ein Sitzungsteilnehmer der WAB-Fraktion folgende Fragen:

1. Die Auswirkungen der Nordtangente auf die Südumfahrung sind nicht berechnet.
Warum liegen diese Werte für den gesamten Ostring und für die südlichen Stadtteile nicht vor?
2. Die Verkehrsentlastung der Innenstadt ist gleich null.
Welche Alternativ-Planfälle können die Innenstadt entlasten?
3. Welche Veränderungen sind durch die Eröffnung des Bahnhofs „Gartenholz“ entstanden bzw. werden sich noch ergeben?
4. Unter „Ein erstes Fazit“ – Vergleich der Planfälle – 2. Absatz schreibt Herr Luft:

„Die untersuchte Trasse der **Südumfahrung** hat für Ahrensburg nur eine eingeschränkte verkehrliche Wirksamkeit. Aufgrund der hohen Baukosten werden die Kfz-Belegungen ohne eine strategische Einbindung in das Hamburger Straßennetz die Realisierbarkeit erheblich einschränken. Die Prüfung weiterer **Alternativen** war nicht Auftragsbestandteil.“

Frage: Welche Alternativen sind damit gemeint?

Zu diesen Fragen wird geklärt, dass

- die Auswirkungen der Nordtangente wegen des hohen Ziel- und Quellverkehrs im Gewerbegebiet Nord auf die Kfz-Belastungen im Süden der Stadt minimal sein dürften,
- die Innenstadt durch die Wahl siedlungsnaherer Trassen verstärkt hätte entlastet werden können,
- die Auswirkungen der Bahnstation Ahrensburg-Gartenholz berücksichtigt worden sind und
- die Alternativen - wie die sogenannte „Kuhlenmoortrasse“ - von vornherein nicht berechnet werden sollten.

In der anschließenden Beratung stellen Ausschussmitglieder fest, dass – wie auch schon durch den Gutachter empfohlen – viele Planfälle angesichts der Ergebnisse nicht weiter verfolgt werden müssen; beispielhaft werden die Planfälle 8 (nördliche Verlängerung Kornkamp östlich der Bahnstrecke nach Bargteheide) und 11 (Öffnung der Brücke Vierbergen) genannt. Während darauf hingewiesen wird, dass mit den Verkehrsberechnungen für die Planfälle die Phase der Analyse abgeschlossen ist und man nunmehr zwar mit allen Daten in die Konzeption des „Masterplanes Verkehr“ eintritt, jedoch viele Planfälle nicht mehr näher betrachten muss, stellt ein Ausschussmitglied den Antrag, in der heutigen Sitzung über die einzelnen Planfälle und deren weitere Betrachtung abzustimmen. Dieses hätte auch eine zeitnahe klärende Stellungnahme gegenüber den Nachbargemeinden wie Großhansdorf zur Folge.

Nachvollzogen wird von den meisten Ausschussmitgliedern, dass die Nordtangente und Südumfahrung verkehrlich kaum Verknüpfungspunkte haben und insofern unabhängig voneinander betrachtet werden können; nach Auffassung einiger Sitzungsteilnehmer muss jedoch die angestrebte gesamtstädtische Lösung auch Alternativen für die südlichen Stadtteile umfassen.

In diesem Zusammenhang heben verschiedene Sitzungsteilnehmer die Besonderheiten der Siedlungsstruktur Ahrensburgs hervor, die einerseits in der Attraktivität des Gewerbegebietes Nord/Beimoor-Süd und der Innenstadt mit den barocken Achsen sowie andererseits in der innerstädtischen Raumüberwindung durch die Entwicklungsachse Bahnstrecke HH-HL, Stellmoor Tunnel und Aue besteht.

Die BPA-Mitglieder kommen angesichts der umfassenden Basisdaten und des überprüften Verkehrsrechenmodells überein, unabhängig von den zu klärenden Detailfragen zunächst vom Grundsatz her die Ergebnisse der Planfallberechnungen so zu akzeptieren, auch wenn nicht alle Rechenschritte mathematisch transparent nachvollzogen werden können. Um die Richtigkeit der Grundaussagen besser belegen zu können, bittet ein Ausschussmitglied aber ergänzend die Verkehrsbelastungen darzustellen für die fünf wesentlichen Ein- und Ausfahrtschneisen, und zwar jeweils aufgeschlüsselt nach Ziel-, Quell- und Durchgangsverkehr. Ferner wird der Gutachter gebeten, im späteren Konzept eine Aussage zu treffen, ob ein optimiertes Stadtbussystem ge-

5. **Städtebauliche Überlegungen zur Bürgerbeteiligung für den Rathausplatz zwischen Manfred-Samusch-Straße, westlicher Teil der Rathausstraße und der umgebenden Bebauung, insbesondere der Flurstücke 152 und 542**
- **Beschluss für die Einberufung und Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung in Form eines "Runden Tisches"**
- 5.1 **Antrag zur Beschlussvorlage 2010/142 zur vorgezogenen AN/003/2011 Bürgerbeteiligung für die Gestaltung und Entwicklung des Rathausplatzes**

Die Verwaltung bezieht sich auf die Vorlagen-Nr. 2010/142, den Änderungsantrag Nr. AN/003/2011 der CDU-Fraktion sowie die Beratungsergebnisse im BPA am 12.01.2011 und im Hauptausschuss am 17.01.2011. Wie in der Einladung vom 17.02.2011 angekündigt, ist ein modifizierter Beschlussvorschlag erarbeitet worden, wobei dieser versucht wurde, den BPA-Mitgliedern per E-Mail vorab zu übermitteln (**vgl. Anlage**). Wie Sitzungsteilnehmer feststellen, hat diese ergänzende Information nicht alle erreicht.

Einleitend machen Ausschussmitglieder nochmals deutlich, dass durch den Beginn des Verfahrens zur Bürgerbeteiligung zum wiederholten Male die konkrete Erwartung in der Öffentlichkeit geweckt werde, dass der Rathausplatz in diesem Sinne in absehbarer Zeit umgestaltet wird. Um die städtischen Eigenmittel an diesem Gesamtprojekt zu sichern, sollte zunächst die Haushaltsberatung abgewartet werden.

Dem wird erwidert, dass das aufgezeigte Planungsverfahren viel Zeit in Anspruch nehmen dürfte und frühzeitig begonnen werden sollte. Ziel müsse sein, im Rahmen der Bauleitplanung Vorgaben vorzubereiten und soweit zu schaffen, dass sich in den darauffolgenden Jahren bereits heute anfragende private Investoren hierauf aufbauend dazu entschließen können, dass Projekt im Sinne der Planung in Angriff zu nehmen. Es gelte nunmehr ein Signal zu setzen und den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit und Zeit zu geben, sich in den Prozess einzubringen.

Zum Verfahren begrüßt ein Ausschussmitglied ausdrücklich, dass nach dem Auftakt mit der Informationsveranstaltung ein offener Dialog eventuell in kleinen themenbezogenen Kreisen geschaffen werden kann, um außerhalb der Ausschussarbeit mit seinen Regularien die Planungsphase mit Dritten zu intensivieren, die Steuerung jedoch von vornherein vom BPA übernommen wird, um den intensiven Dialog konstruktiv zu gestalten.

Nachdem ein Ausschussmitglied für die CDU-Fraktion den modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgegriffen und übernommen hat, wird über folgenden **Antrag** abgestimmt:

1. Für eine frühe Beteiligung der Bürger für die Gestaltung und Entwicklung des Rathausplatzes wird eine Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit durchgeführt.
2. Im Rahmen der Informationsveranstaltung sind die bereits vorhandenen Pläne und Vorschläge zur Neugestaltung des Rathausplatzes aufzubereiten und den Bürgerinnen und Bürgern zu präsentieren. Auf diese Weise soll eine einheitliche und fundierte Ausgangsbasis für alle weiteren Überlegungen geschaffen werden.
3. Im Rahmen der Informationsveranstaltung sind die möglichen Kosten einer Neugestaltung des Rathausplatzes zu erläutern. Ebenso sind die Konsequenzen für die Parkplatzsituation in der Innenstadt darzustellen.
4. Mit den Ideen der Informationsveranstaltung wird sich anschließend der Bau- und Planungsausschuss erneut beschäftigen.
5. Das Ergebnis wird öffentlich bekannt gemacht und fließt in die nachfolgende planungsrechtliche Umsetzung und den „Rahmenplan Innenstadt“ ein.

Abstimmungsergebnis:

6 dafür

3 Enthaltungen

6. Beteiligungsverfahren am 3. Regionalen Nahverkehrsplan des Kreises Stormarn 2011 bis 2015

Die Verwaltung erläutert die erst am 25.02.2011 verteilte Vorlage anhand des dem Protokoll beigefügten Vortrages.

Die Ausschussmitglieder betonen den Bedarf, das heutige Busangebot im Ahrensburger Stadtgebiet weiter zu optimieren und in Richtung eines Stadtbussystems zu entwickeln vor Beginn der Ausschreibung des betreffenden Netzes für die Zeit ab Dezember 2013. Insofern werden die Grundansätze, wie eine direktere Linienführung und die Verlegung des Rendezvous-Punktes Richtung Zentrum, begrüßt.

Thematisiert wird am Rande der Schulbusverkehr in Ahrensburg, wobei noch nicht feststeht, welche weiterführenden Schulen die Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Ammersbek künftig favorisiert besuchen und inwieweit die Stormarnschule für die Buslinien aus Richtung Norden und Osten besser erreicht werden kann. Das heute bestehende Angebot, am ZOB bzw. Bahnhof Ahrensburg zur 41. und 11. Minute einer jeden Stunde anzukommen, bei einem Schulbeginn in der Stormarnschule um 07:50 Uhr wird von vielen Eltern kritisch betrachtet.

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

8. Kenntnisnahmen

8.1 Unterschriftenliste zur Bebauung im Gebiet des B-Plans Nr. 90/Reeshoop-Quartier

Ein Bürger hat Bezug genommen auf die in der Diskussion befindlichen Entwürfe zum B-Plan Nr. 90 und daraufhin die Forderung vieler Anwohner hierzu wie folgt schriftlich formuliert:

1. Die Pläne der Neuen Lübecker sollen auf 2 Stockwerke plus Staffelgeschoss für die hintere Bebauung des Reeshoops, d. h. der Immanuel-Kant-Straße, begrenzt werden.
2. Des Weiteren soll die jetzige Etagenanzahl der vorhandenen oder neu geplanten Gebäude nicht überschritten werden.

Für die Beibehaltung der aktuellen Geschosshöhe, primär in der Immanuel-Kant-Straße, aber auch moderat für das gesamte Viertel wurde inzwischen eine Unterschriftenliste nachgereicht, die folgenden Wortlaut hat:

Unterschriftenliste gegen die Bebauungspläne der „Neuen Lübecker“ im Reeshoop-Viertel – speziell Immanuel-Kant-Straße !!!!! Und sämtliche andere betroffenen Straßen über die aktuelle/jetzige Geschosshöhe hinaus.

Der BPA nimmt hiervon Kenntnis.

8.2 Unterschriftenaktion zur besonderen Ausweisung des Auetals in der Bauleitplanung

Wie bereits der örtlichen Presse entnommen werden konnte, haben die Nabu-Gruppe Ahrensburg, die Naturfreunde Ahrensburg e. V. und der Verein Jordsand beim Bürgervorsteher eine Unterschriftenliste mit 1.050 Unterschriften eingereicht. Gegenstand ist folgende Forderung der Einwohnerinnen und Einwohner:

„Wir die Unterzeichner bitten die Ahrensburger Stadtverordneten, bei der beabsichtigten Bauleitplanung das Auetal zwischen Klärwerk und Schlossteich in einer Breite von etwa 300 Meter, wie in der Karte dargestellt, im Flächennutzungsplan und im Bebauungsplan als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festzusetzen (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB). Damit werden örtlich die rechtlichen Voraussetzungen für das Naturschutzgebiet nach § 13 Landesnaturschutzgesetz geschaffen.“

Die Verwaltung berichtet hierzu, dass sich die Forderung weitgehend mit den Anträgen deckt, die Gegenstand der Beratungen in der gemeinsamen Sitzung des BPA mit dem Umweltausschuss am 01.12.2010 waren und die nunmehr in der am 03.03.2011 zu verteilenden Vorlagen-Nr. 2011/040 berücksichtigt worden sind, über die in der Umweltausschusssitzung am 09.03.2011 beraten werden soll.

9. Verschiedenes

9.1 Letzte BPA-Sitzung des Bauamtsleiters

Wie der Bauamtsleiter, Wilhelm Thiele, feststellt, ist dieses seine letzte BPA-Sitzung, an der er vor dem Eintritt in den Ruhestand am 01.04.2011 teilnimmt. Er erinnert in persönlichen Worten an die Beratungen und BPA-Mitglieder in den Jahren seit 1985 und wünscht den Anwesenden, dass sie auch künftig die Stadt Ahrensburg im gesamtstädtischen Interesse weiter entwickeln.

Daraufhin dankt ihm der Vorsitzende auch im Namen der BPA-Mitglieder für die geleistete Arbeit und betont, dass seine Wiederaufnahme der kommunalpolitischen Tätigkeit und die Übernahme des Ausschussvorsitzes anfangs geprägt war durch das Bedürfnis, die Bauverwaltung und deren Leiter besonders eng zu begleiten, was im Laufe der Zeit jedoch zunehmendem Respekt und Anerkennung der Person gegenüber gewichen sei.

9.2 Lärmsanierung an der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck

Auf die Nachfrage eines Sitzungsteilnehmers berichtet die Verwaltung über den Verfahrensstand zur Umsetzung der „Richtlinie für die Förderung von Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes“ im Ahrensburger Stadtgebiet. Auf die ausführliche Information per Vermerk vom 10.03.2010 (beigefügt als Anlage zu TOP 8.3 dem BPA-Protokoll Nr. 06/2010 über die Sitzung am 17.03.2010) wird verwiesen.

Erst in dieser Kalenderwoche haben Vertreter der Deutschen Bahn AG ihre Vorstellungen erläutert. Nach Klärung einiger noch offener Punkte wird hierüber im federführend zuständigen Umweltausschuss näher berichtet. Jedenfalls scheinen die Projektverantwortlichen an einer zügigen Umsetzung der Projektes Interesse zu haben und keinen zeitlichen Zusammenhang mit der Vorplanung des Projektes S 4 zu sehen.

9.3 Zeitplan für die mögliche Realisierung der Nordtangente

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung zur BPA-Sitzung am 16.03.2011 einen Zeitplan vorzulegen für die Realisierung der Nordtangente mit dem Ziel, noch in die GVFG-Förderung zu kommen.

9.4 Sitzungsraum

Eine Sitzungsteilnehmerin bemängelt, dass die Museumsturnhalle der Stormarnschule so eine niedrige Raumtemperatur aufweist, dass längere Sitzungen hierin nicht zugemutet werden können. Wie hierzu festgestellt wird, ist diese Situation auf den Ausfall der Heizungsanlage am Wochenende zurückzuführen.

In diesem Zusammenhang wird kritisiert, dass nach den Verträgen mit dem Betreiber des Peter-Rantzau-Hauses (PRH) die dortigen Räume erst ab 17:30 Uhr zur Vermietung zur Verfügung stehen und die Rahmenbedingungen insofern so gesetzt sind, dass angesichts der publikumswirksamen Themen des BPA zunächst andere Sitzungsräume als das PRH oder der 6. Stock des Rathauses ausgewählt werden. Die Verwaltungsleitung bemerkt hierzu, dass man an einem grundlegenden Konzept arbeite.

9.5 Erschließung der geplanten Kindertagesstätte

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.02.2011, entsprechend der Vorlagen-Nr. 2011/017 die Planung und den Bau einer Kindertagesstätte am Standort Sportplatz Fritz-Reuter-Schule in Angriff zu nehmen. Es wird gebeten, bei der nun folgenden konkreteren Planung insbesondere die Erschließung dieser Einrichtung mit ihren Zu- und Abfahrten sensibel auszugestalten. Angeregt wird in diesem Zusammenhang die Überwachungskräfte für den ruhenden Verkehr verstärkt in der Adolfstraße einzusetzen.

9.6 Fällen von 2 Straßenbäumen in der Parkallee

Wie ein Ausschussmitglied feststellt, sind im südlicheren Abschnitt der Parkallee 2 Straßenbäume gefällt worden. Die Verwaltung sagt zu, die Hintergründe hierfür im Protokoll aufzuzeigen.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei dem betroffenen Bereich handelt es sich um den Abschnitt der Parkallee südlich des Sommerparks, hier ist ein Baum auf der Ostseite des Straßenraumes während eines Sturms umgefallen und hat einen noch nicht abgeschlossenen Versicherungsfall ausgelöst. Dieser Schaden wurde zum Anlass genommen, sämtliche ähnlich alten Straßenbäume in diesem Bereich näher zu untersuchen. Wegen latenter Gefahren mussten daraufhin noch 2 weitere Roteichen gefällt werden.

Von der Nachpflanzung von Bäumen wird aufgrund des schmalen Straßenraumes und des für Großbäume begrenzten Lebensraumes zunächst abgesehen.

9.7 Bauvorhaben auf dem Eckgrundstück Parkallee/Christel-Schmidt-Allee

Es wird Bezug genommen auf das zuletzt in der Sitzung am 03.11.2010 thematisierte Bauvorhaben auf dem Eckgrundstück Christel-Schmidt-Allee/Parkallee, das noch immer nicht fertig gestellt ist und dessen Restarbeiten sich zeitlich in die Länge ziehen. Wie die Verwaltung hierzu betont, wird der Bauaufsicht nicht zwangsläufig mitgeteilt, wann das Neubauvorhaben bezugsfertig hergestellt worden ist.

9.8 Wanderweg zwischen der Otto-Schumann-Straße und der Gustav-Delle-Straße (so genannter Drei-Meter-Weg)

Anlässlich der Kontaktaufnahme einer Anliegerin in der Gustav-Delle-Straße wird erinnert an die seit Ende 2008 in verschiedenen Selbstverwaltungsgremien erörterte Herrichtung des „Drei-Meter-Weges“:

Dieser Wanderweg zwischen Gustav-Delle-Straße und Otto-Schumann-Straße befindet sich nach wie vor in einem schlechten Zustand. Durch die Streckenführung der Buslinie 576 im Einrichtungsverkehr durch die beiden Straßen hat dieser Wanderweg eine erhöhte Bedeutung erlangt, zumal die Stadt seit 2010 die Verdichtung der Busbedienung in der Nebenverkehrszeit zum 30-Minutentakt finanziert. Jeder Buskunde in diesem Quartier muss diesen Weg benutzen, wobei allein die Nutzung sich nicht busförderlich darstellt.

Geplant ist seit einigen Jahren, den Wanderweg zumindest mit einem neuen Grandbelag (oder Pflaster?) und erstmals mit einer angemessenen Beleuchtung zu versehen. In den Entwürfen des Haushalts waren für die Projekt unter dem PSK 55100.0900001 bzw. .7852000 jeweils ein pauschaler Mittelansatz von 30.000 € vorgesehen, der jedoch angesichts der Finanz- und Haushaltskrise nicht umgesetzt werden konnte.

Diese Baumaßnahme sollte im Zuge der Haushaltsberatungen für 2012 aufgegriffen werden, auch um die offensichtlichen Differenzen bei den Ausbauzuständen zu den Wanderwegen im Neubaugebiet Buchenweg – insbesondere die dortige Verlängerung des Pulsweges – abzubauen.

Der BPA nimmt Kenntnis und bittet den Umweltausschuss, sich mit dem eigentlich in seine Zuständigkeit fallenden Projekt zu befassen.

9.9 2. Änderung der Gebührensatzung zur Sondernutzung

Die Verwaltung bezieht sich auf die Vorlagen-Nr. 2011/016, auf deren Basis der BPA am 16.02.2011 zwar eine Empfehlung ausgesprochen hatte, zu der es nach der Vertagung in der Stadtverordnetenversammlung jedoch noch einen ergänzenden Beratungsbedarf gibt. Nach Informationen der Verwaltung geht es hier insbesondere um die Sondernutzungsgebühr für die Außengastronomie.

Die Verwaltung hat hierzu einen Vermerk gefertigt, der dem Protokoll als **Anlage** beigelegt wird und in dem Hintergründe zur Festlegung der Gebühr dargelegt sind.

Sitzungsteilnehmer regen an, für diesen Gebührentatbestand eine Ganzjahresgebühr, evtl. mit einem degressiven Verlauf, anzubieten. Zudem wird gebeten, der Darstellung in der örtlichen Presse entgegenzuwirken, dass die Inanspruchnahme der öffentlichen Flächen zu günstigen Konditionen und in den Wintermonaten selbstverständlich sei.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 21:33 Uhr.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer